



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 8. September 2020
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

A 364 Anfrage Candan Hasan und Mit. über die Abgabe von Schutzmasken an Menschen mit begrenzten finanziellen Ressourcen / Gesundheits- und Sozialdepartement

Die Anfrage A 364 wurde auf die September-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden. Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung zu.

Die Zweitunterzeichnende, Anja Meier, übernimmt die Anfrage. Anja Meier ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Anja Meier: Im Namen der SP-Fraktion danke ich Ihnen für die Zustimmung zur Dringlichkeit und für die rasche Beantwortung der Fragen. Mit der Antwort sind wir teilweise zufrieden; wir haben noch einige Anmerkungen. Zu den finanziellen Auswirkungen der Maskenpflicht: Die Aussage der Regierung, dass es neben den Mehrausgaben für Masken gleichzeitig zu Minderausgaben für Ferien oder Freizeitaktivitäten gekommen ist, ist in unseren Augen eine Verharmlosung der prekären finanziellen Lage, in der sich aktuell viele einkommensschwache Personen befinden. In den Medien lesen wir von immer mehr Massenentlassungen, auch bei uns in der Region, und die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren verzeichnen traurige Rekordzahlen. Da sprechen wir nicht mehr über Ferien und Freizeit, sondern vom Eingemachten, nämlich wie man Miete und Krankenkasse weiter zahlen kann. Für solche Personen sind auch Masken – die übrigens an vielen Orten mehr als 15 Franken pro 50 Stück kosten – eine grosse Mehrbelastung. Wir unterstützen es, dass Anspruchsberechtigte von wirtschaftlicher Sozialhilfe und Ergänzungsleistungen (EL) die Kosten der Hygienemasken rückvergütet bekommen. Jedoch gilt das gemäss Antwort der Regierung nur für die öV-Benutzung auf dem Weg zur Arbeit, in die Schule oder zum Arzt. Für uns geht das zu wenig weit. Was ist mit Familienangehörigen wie schulpflichtigen Kindern? Die entsprechende Wegleitung ist vom 10. Juli 2020. Seither hat der Kanton jedoch eine Maskenpflicht für die Mittelschulen eingeführt. Wie will die Regierung die bestehenden Unterstützungsmassnahmen an die neuen Gegebenheiten anpassen? Indem die Masken nur für den öV auf dem Weg zum Arzt, in die Schule oder ins Büro rückerstattet werden, droht Sozialhilfebeziehenden, vom restlichen sozialen Leben ausgeschlossen zu werden. Für viele weitere Freizeitaktivitäten braucht es heutzutage auch Masken. Dass man hier die gleichen Einwegmasken aus Papier mehrfach verwendet, kann in Anbetracht der sehr begrenzten Wirkungszeit keine Lösung sein. Wir sind erfreut, dass im Falle einer Ausdehnung der Maskenpflicht neue Vergütungsansätze geprüft werden sollen, wie zum Beispiel die Abgabe von Gutscheinen. Doch wieso nicht schon jetzt? Andere Kantone wie Basel-Stadt, Jura oder Genf machen es vor. Wenn der Kanton Luzern als Kanton schon Massnahmen zur Maskenpflicht beschliesst, muss er sich auch der Verantwortung stellen und gemeinsam mit den Gemeinden und Institutionen Massnahmen

erarbeiten.

Helen Schurtenberger: Seit Ende Februar bestimmt das Coronavirus einen grossen Teil des gesellschaftlichen Lebens. In unseren Breitengraden ist und war das Tragen einer Maske zum Eigenschutz und zum Schutz der Mitmenschen eher fremd. Zu Beginn der Pandemie, als die Masken Mangelware waren, wurde auf das Tragen verzichtet. Als man sich länger mit dem Virus auseinandersetzte, kam man zum Schluss, dass das Tragen einer Schutzmaske in Situationen, in denen man anderen Menschen über einen längeren Zeitraum sehr nahe kommt oder mit ihnen für längere Zeit in einem geschlossenen Raum ist, vor Ansteckung schützen kann. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) schreibt das Tragen in öffentlichen Verkehrsmitteln vor und wenn man den Abstand nicht einhalten kann. So tragen auch wir im Gegensatz zur Sommersession Masken, wenn wir anstehen. Zu Beginn waren die Masken eher teuer, die Nachfrage hat aber den Preis reguliert. Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) hat bereits im Juli eine Empfehlung betreffend die Finanzierung der Schutzmasken erlassen. Bei den Hygienemasken handelt es sich um eine grundversorgende, situationsbedingte Leistung, wenn Personen diese für den Schulbesuch, die Erwerbstätigkeit usw. benötigen. Sie empfiehlt, die Kosten im Umfang von vier geprüften Stoffmasken pro Person zu übernehmen. Da die SKOS im Kanton Luzern wegweisend ist, hat die Dienststelle Soziales und Gesellschaft bereits am 10. Juli 2020 die Gemeinden darüber informiert, dass Gesundheitsmasken für Menschen mit wirtschaftlicher Sozialhilfe übernommen werden müssen. Auch das Sozialversicherungszentrum WAS übernimmt im Bereich der EL die Kosten für Hygienemasken, dies ist auf seiner Homepage ersichtlich. Menschen, die nun am Existenzminimum leben, haben immer die Möglichkeit, sich die Masken durch soziale Institutionen finanzieren zu lassen. Man ist in diesem Bereich sensibilisiert. Wie geht es mit dem Tragen von Schutzmasken weiter? Das werden uns der Verlauf des Virus und die Zunahme der Ansteckungen zeigen. Man kann kein Konzept entwerfen, wie sich die Situation entwickeln wird. Es ist gut, dass diese Anfrage dringlich behandelt wurde, denn eigentlich ist sie obsolet und hätte mit einem Telefonat erledigt werden können.

Gerda Jung: Das Anliegen der Anfrage wurde in der aktuellen Corona-Zeit vom Bund, das heisst von unserem zuständigen Departement gerecht und klar geregelt und kommuniziert. Die Regierung schildert diesen Prozess in ihrer Antwort. Für die Umsetzung sind die Gemeinden zuständig. So erhalten Anspruchsberechtigte auf wirtschaftliche Sozialhilfe und auf Ergänzungsleistungen zur AHV/IV, welche für den Schulbesuch, die Erwerbstätigkeit, medizinische oder therapeutische Besuche oder vergleichbare Verpflichtungen den öffentlichen Verkehr nutzen müssen, die Kosten für Hygienemasken rückerstattet. In der Antwort sieht man gut, dass unser Kanton die Angelegenheit im Griff hat und reagieren wird, wenn Anpassungen nötig sind. Für die CVP-Fraktion sind alle Antworten klar und schlüssig.

Jasmin Ursprung: EL- und Sozialhilfebezügler werden bereits jetzt aufgrund der Maskentragepflicht im öffentlichen Verkehr finanziell entlastet. Falls es zu einer Ausdehnung der Maskenpflicht kommen sollte, wird der Regierungsrat erneut überprüfen, ob weitere Massnahmen zur Unterstützung von Menschen mit begrenzten finanziellen Mitteln nötig sind. Es ist jedoch wichtig zu sehen, dass primär immer noch die Gemeinden für die Unterstützung dieser Menschen in der Pflicht stehen. Deshalb begrüssen wir hier die enge Zusammenarbeit des Regierungsrates mit dem Verband Luzerner Gemeinden (VLG).

Mario Cozzio: Der Regierungsrat hat die Fragen von Hasan Candan fast flächendeckend beantwortet. Die GLP empfindet die aktuelle Praxis als positiv und ausreichend. Die Empfehlungen der SKOS sagen uns zu. Es ist zum Beispiel eine einmalige Auszahlung einer Pauschale im Wert von vier Stoffmasken pro Person vorgesehen. Die Qualität ist im Übrigen penibel genau definiert: Eine solche Maske soll mindestens fünf Waschgänge mit herkömmlichem Waschmittel bei 60 °C überleben. Generell hoffen wir, dass die Empfehlungen der SKOS ernst genommen und möglichst direkt und ohne Abwandlungen umgesetzt werden, sofern der Kanton dazu befugt und dafür zuständig ist. Hasan Candan hat nach der Existenz eines Konzeptes zur Eindämmung der Ansteckungsrate unabhängig von der individuellen finanziellen Situation gefragt. Die Regierung ist dieser Frage etwas

salopp ausgewichen. Ganz übel nehmen kann ich ihr das aber nicht. Realistischerweise ist es in der momentanen Situation nicht immer zielführend, bloss vom einen Konzept ins andere zu springen. Wichtig ist, dass eine klare Haltung und eine klare Linie erkennbar sind. Notabene gibt es ja zahlreiche Weisungen und Massnahmen, welche präventiv angewandt werden. Zudem flattern fast täglich neue Erkenntnisse rein, auf welche umgehend zu reagieren ist. In diesem Sinn: Bleiben Sie gesund, tragen Sie Ihre Masken wo angebracht, und schützen Sie sich und Ihr Umfeld.

Hannes Koch: Herzlichen Dank für die Beantwortung der Fragen von Hasan Candan. Diese sind wichtig und aktuell, aber wir stehen erst am Anfang der Corona-Krise. Es wird nach den Auswirkungen einer Ausweitung der Maskenpflicht gefragt. Der Kanton sagt richtigerweise, dass das nur geschätzt werden kann. Aber dann schätzen Sie doch bitte. Die Lustat gibt uns sehr gute Anhaltspunkte für Schätzungen vor. Es ist zu begrüßen, dass Anspruchsberechtigte auf wirtschaftliche Sozialhilfe und auf EL Masken zur Verfügung gestellt bekommen. Wir haben aber auch eine Bevölkerungsschicht, welche keine wirtschaftliche Sozialhilfe bezieht und doch jeden Rappen zweimal umdrehen muss. Als Beispiel kann ich hier die Working Poor oder alleinerziehende Mütter oder Väter nennen. Die Anspruchsberechtigten haben aber nur ein Anrecht auf Masken für Schulbesuche, Erwerbstätigkeit, medizinische oder therapeutische Besuche und ähnliche Verpflichtungen. Das Leben ist aber viel mehr, und auch dort muss der Schutz gewährleistet sein. Masken müssen dort getragen werden, wo die Distanz nicht eingehalten werden kann. Es darf nicht zu Risiken kommen wegen Masken, die aus finanziellen Gründen fehlen. Die Maskenpflicht an Schulen wurde vom Kanton erlassen. Wir erwarten, dass sich der Kanton verantwortlich zeigt, damit alle zu Masken kommen und diese korrekt tragen können. Schliesslich hat der Kanton ja auch unserem Kantonsrat Masken zur Verfügung gestellt, obwohl ich sicher bin, dass sich alle Kantonsrätinnen und Kantonsräte Masken leisten können. Wir erwarten vom Kanton, dass er dort, wo er Regelungen erlässt, welche finanzielle Auswirkungen haben, auch dafür sorgt, dass Menschen, welche wenig finanzielle Mittel haben, diese Regelungen einhalten können.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Ich bin jetzt etwas überrascht über die Kritik von Kantonsrätin Anja Meier. Wir halten uns an die Vorgaben der SKOS, die aus meiner Sicht korrekt und gut sind, und das seit längerer Zeit. Wenn wir die Maskenpflicht ausweiten, dann werden wir diese Vorgaben nochmals überprüfen. Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass wir hier seit Sommer eine Regelung haben, welche funktioniert.